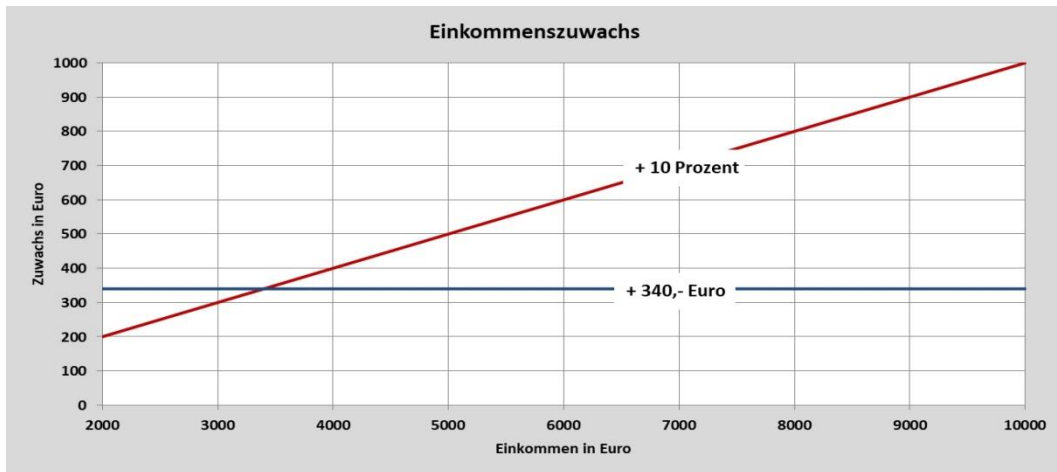


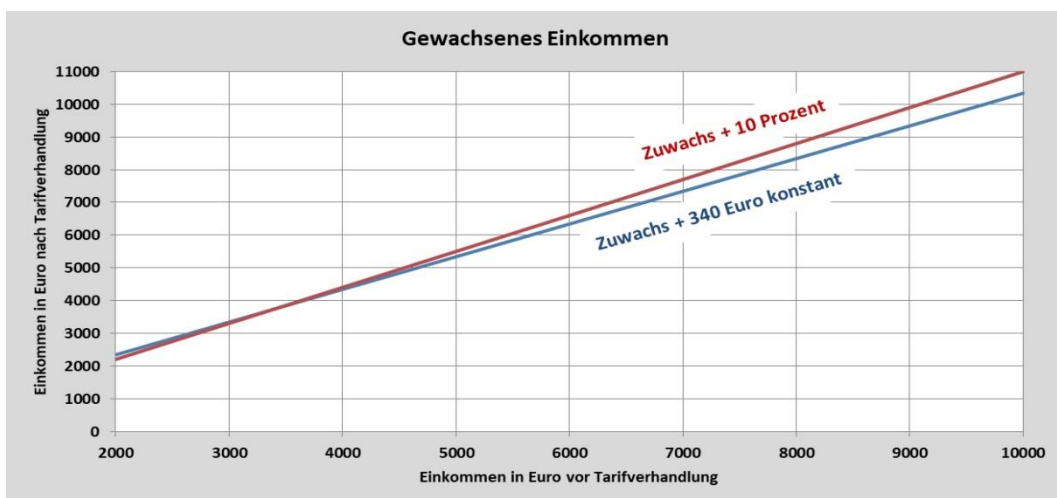
14.03.2023 Tarifeinigung bei der Post

Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Jahrzehntelang nervten uns die Gewerkschaften mit ihren Forderungen nach 5+X Prozent Einkommenserhöhung. Verstehen sie nicht, was sie damit für einen Schaden in der Spaltung der Bevölkerung anrichteten? Oder interessiert es sie nicht? Man möchte doch meinen, dass ihnen daran gelegen ist, die Kluft zwischen Geringverdienern und Bestverdienern nicht noch weiter zu vergrößern. Genau das passiert aber mit stupiden Prozentforderungen. Die Einkommensstarken galoppieren den Einkommenschwachen immer weiter davon.

Haben die Gewerkschaftler plötzlich ihr Herz für die Einkommenschwachen entdeckt? Plötzlich einigen sich die Tarifpartner, vulgo Streithanseln, auf eine Erhöhung der Bezüge um monatlich 340,- Euro, quer über alle Einkommenschichten. Was das im Vergleich bedeutet, wollen wir grafisch verdeutlichen.



Wir betrachten das Geschehen zwischen einem unteren Einkommen von 2.000 Euro, und einem oberen von 10.000 Euro. Ein Zuwachs von 340 Euro bedeuten für die 2.000 Euro Frau ein Plus von glatten 17 Prozent, für den 10.000 Euro Mann lediglich 3,4 Prozent.



Der Effekt – die Schere wird kleiner.

In Zahlen:

- Bei der prozentualen Erhöhung von 10 Prozent wächst der Unterschied zwischen unten und oben von 8.000 Euro auf 8.660 Euro.
- Bei der konstanten Erhöhung um 340 Euro bleibt die absolute Differenz gleich, es verkleinert sich jedoch der prozentuale Abstand von 80 Prozent auf 77,4 Prozent. Das unterste Ende der Skala verkürzt den Abstand auf die Gutverdienenden.

Der Umkehrpunkt, an dem die „oberen Zehntausend“ bei der Gleichbehandlung weniger bekommen, liegt bei unserer Vergleichsrechnung bei 340 Euro. Das wird nicht jedem gefallen. Es ist aber nicht so, dass sie ganz leer ausgehen, sie müssen sich nur mit etwas weniger begnügen. Zu einer standesgemäßen Lebensführung sollte es trotzdem reichen.

Wohl den Gut- oder Bestverdienern, die sich nicht auf üppige Einkommenszuwächse verlassen, und sich nicht bis zur Halskrause finanziell verausgaben. Sie sollten in der Lage sein, ihre langfristige Vermögensplanung entsprechend auszurichten.

Wollen wir hoffen, dass das Beispiel Schule macht.

Die Politik muss sich mehr um die sozial Schwachen kümmern. Die Starken können auf sich selbst aufpassen.

Jacob Jacobson

www.der-autokritiker.de